

ARBEITSVERBOT FÜR FLÜCHTLINGE

Helferkreis schaltet Bund der Steuerzahler ein

Zolling/München – Helferkreise aus ganz Bayern protestieren seit Anfang des Jahres gegen das von der Staatsregierung eingeführte Arbeitsverbot für Asylbewerber aus bestimmten Herkunftsländern. Der Helferkreis aus Zolling (Kreis Freising) hat nun den Bund der Steuerzahler eingeschaltet. Dieser ge-

meinnützige Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, Steuerverschwendung zu verhindern. Die Ehrenamtlichen monieren in ihrem Schreiben, dass viele Flüchtlinge aus politischen Gründen keine Jobs mehr bekommen und somit nicht in die sozialen und staatlichen Kassen einzahlen können. Asylbewerber, die in

Arbeit gebracht werden können, würden ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen, Lohnsteuer zahlen und auch für die eigene Miete aufkommen, argumentieren die Flüchtlingshelfer. Asylbewerber, die nicht arbeiten dürfen, erhalten hingegen monatlich 351 Euro an Sozialleistungen. „Wir sind alle Ehrenamtliche

und wissen nichts über die genauen Zahlen“, schreiben die Zollinger. „Aber uns würde schon interessieren, warum das Bayerische Innenministerium so mit unseren Steuergeldern umgeht.“

Der Bund der Steuerzahler hat den Brief an das Innenministerium weitergeleitet – mit der Bitte um eine Stellung-

nahme. „Der Fall hat unser Interesse geweckt“, sagt Michael Stocker, der in der Abteilung Haushalt und Kommunales tätig ist. Inwieweit es sich tatsächlich um Steuerverschwendung handelt, kann er noch nicht sagen. Der Verein will nun die Stellungnahme des Ministeriums abwarten.

MANUEL ESER